

Jetzt erst recht gegen Rechts!



Aus den Wahlprogrammen von „Pro München“ und der BIA

Ein Blick hinter die Kulissen

Rechtes Gedankengut ist kein Randgruppenphänomen, es existiert in der Mitte unserer Gesellschaft. Immer wieder ist Empfänglichkeit für eine Opfer-Theorie beobachtbar, die stets anderen die Schuld für individuelle wie allgemeine Schief lagen zuschiebt.

An dieser Empfänglichkeit setzt die extreme Rechte an. Im Hintergrund steht eine fest umrissene Ideologie, die mit freiheitlich-demokratischen Grundsätzen nichts zu tun hat, sondern sich an Strukturen des Faschismus oder Nationalsozialismus orientiert.

Dies offen zu propagieren, ist in unserem demokratischen System – aufgrund der NS-Vergangenheit – verboten. Wenn es also darum geht, einen Fuß auf das politische

Kommunal- oder Landtagsparkett zu bekommen, müssen diese ideologischen Ziele den Menschen so verschlüsselt beigebracht werden, dass sie mit demokratischen Mitteln nicht angreifbar sind. Die Wahlkampfprogramme von „Pro München“ und der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) ewegen sich sehr nah an der Grenze zum Verbotenen oder überschreiten sie sogar.

Zielgruppe: „Der Einheimische“

Gleich auf den Startseiten beider Gruppierungen im Internet wird deutlich: Angesprochen ist ausschließlich der einheimische Münchner, der „Sorgen und Nöte“ (Pro M.) bzw. „Sicherheits- und Überlebensinteressen“ (BIA) habe, um die sich nicht gekümmert werde.

In München erfährt rechtsextremistisches Gedankengut erheblichen Zuspruch. Die Rechtsextremen wollen in den Münchner Stadtrat einziehen und formieren sich bei „Pro München“ und in der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“. Beide Organisationen haben die Zulassung zur Kommunalwahl am 2. März 2008 erhalten.

Zur Strategie rechtsextremer Gruppen und Parteien wie „Pro München“ und der „BI Ausländerstopp“ gehört es, bei Wahlen als „Protestparteien“ aufzutreten und sich Politikverdrossenen als Alternative zu etablierten Parteien anzubieten. Aber es geht nicht um Protest! Rechtsextreme Parteien lehnen die zentralen Werte des demokratischen Verfassungsstaates ab. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist nicht allein Sache des Staates, sondern hier sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert und verantwortlich. Doch wer sich engagieren und wehren will, braucht Kenntnisse. Daher hat es sich der KJR München-Stadt zur Aufgabe gemacht über die Positionen und die Personen von „Pro München“ und der „BI Ausländerstopp“ zu informieren.

Die klare Ausgrenzung „der Anderen“ (wer oder was ist denn eigentlich konkret „einheimisch“?) ist bei „Pro München“ noch als Patriotismus verpackt.

BIA hat da weit weniger Skrupel: Mit einer Rundum-Diffamierung der etablierten Stadtratsparteien und ihrer Politik – u.a. als „multi-kulturelles, multi-kriminelles, schwullesbisches Experimentiergelände“ verhöhnt – zeichnet die BIA zunächst ein Bild, das „dem Einheimischen“ geschickt suggeriert, er befände sich auf dem politischen Abstellgleis und seine Errettung sei notwendiger

denn je. Die Opfer-Theorie nimmt Anlauf. Erste Schuldige sind gefunden.

Zum Schluss des „Grußwortes“ markiert die BIA den wesentlichen Inhalt ihres Programms: München soll Heimat der Münchner bleiben, „möglichst derjenigen ohne Migrationshintergrund“. Empörend genug, dass die „Bürgerinitiative“ mit „Ausländerstopp“ im Namen überhaupt zugelassen wurde, in ihrem „Grußwort“ wird noch einmal nachgelegt und es zeigt sich, dass es real um ein „Ausländer raus“ geht.

Feindbild Nr. 1: „Der Migrant“

Sowohl „Pro München“ als auch die BIA behaupten in ihrem Internetauftritt permanent die Notwendigkeit, Migration als Hauptproblem zu erkennen. Ob es sich um soziale Belange dreht, um Wohnen, Arbeit oder rechtliche Fragen, um Bildung und Schule, um nahezu alle Bereiche unseres öffentlichen Lebens – „der Migrant“ wird zur Ursache für Missstände erklärt. Laut „Pro München“ und BIA macht er nicht nur Probleme (BIA: „Das Verschweigen der alltäglichen Gewalt an unseren einheimischen Mitbürgern muß endlich ein Ende haben.“), er wird zum Problem per se. Denn er nimmt - grob zusammengefasst - „dem Einheimischen“ Raum und Arbeit und damit Geld zum Leben, er ist verantwortlich für das schlechte Abschneiden bei PISA, und wegen „des unterschiedlichen regenerativen Verhaltens von Ausländern und Deutschen“ (sprich: „der Migrant“ setzt einfach mehr Babys in die Welt) droht dem Einheimischen das Aus. Die „Lösungen“ für das „Problem Migrant“ münden aber nicht automatisch in ein plumpes „Raus mit ihm“. Die Diskriminierung und Ausgrenzung - also ein gesellschaftliches Mobbing - würde für den „Migranten“, wenn es nach „Pro München“ und der BIA ginge, in seinem Lebensumfeld stattfinden. Da wird die Einrichtung „rein ausländischer Schulen“ bzw. Schulen nur für einheimische Kinder gefordert (BIA), Kirchenasyl wird als „rechtsfreie Zone“ diffamiert, die es „auszutrocknen“ gilt (BIA). Als Anreiz, (einheimische) Kinder in die Welt zu setzen, wird unter anderem ein „M-Geld“ (= Müttergeld) – selbstverständlich nur für die einheimische Frau – gefordert (BIA und Pro München).

Der Rassismus und die skrupellose Diskriminierung, die sich Punkt für Punkt durch beide Programme ziehen, gipfeln bei der

BIA in der „Neudefinition von Integration“: Hinter dem Motto „Ausländer müssen das Recht haben, Ausländer zu bleiben“ verbirgt sich letztendlich die Ablehnung von Programmen und politischen Initiativen zur Integration.

Das kann als Strategie verstanden werden, die da hieß: „Wenn der Migrant nicht von selbst gehen will, dann helfen wir nach.“

Die Inhalte und Konsequenzen, die „Pro München“ und die BIA in ihren Programmen darstellen, präsentieren ein in sich geschlossenes Weltbild, das allem „Anderen“ und „Andersartigen“ grundsätzlich feindlich gegenübersteht. Diese Strategie hat Geschichte - und die darf sich nie mehr wiederholen!

Abgelehnt: Verantwortung vor der NS-Vergangenheit

Bei allem Bemühen von „Pro München“, sich liebenswert patriotisch zu präsentieren („dem guten alten München wieder eine



Rüdiger Schrems, Spitzenkandidat von „Pro München“

Chance geben“) genügt ein Blick in das Programm, z.B. unter „Kunst und Kultur“, um ein Gesicht zu erkennen, das nicht mehr unter „Patriotismus“ einzuordnen ist.

Mit einem Handstreich werden Initiativen zur Erinnerungs- und Gedenkkultur an den Nationalsozialismus als Geldverschwendung vom Tisch gewischt. Ablehnung auch des geplanten Demokratie-Denkmal, „strikte“ Ablehnung eines Denkmals für den Widerstandskämpfer Georg Elser, den „Pro München“ als „Bombenleger“ diffamiert.

Die BIA kündigt an, sich „mit Nachdruck

gegen weitere Prestigeobjekte wie etwa das jüdische Museum“ einzusetzen – und wendet sich auch gegen ein „volkspädagogisches Dokumentationszentrum“ zur NS-Geschichte. Von „rot-grünem Dauer-Exorzismus“ ist da die Rede, auf welchen die Münchner genauso gut verzichten könnten, wie auf „penetrante geschichtspädagogische Belehrungen vonseiten der Israelitischen Kultusgemeinde“.

Dabei belassen es die beiden Listen denn auch. Das Thema ist heikel, da ist der öffentliche Toleranzpegel in Deutschland immer noch sehr niedrig, selbst wenn sie mit ihrer Schlussstrich-Kampagne wohl doch manche in unserer Gesellschaft erreichen mögen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Artikel 1 Grundgesetz)

In über 60 Jahren Demokratie ist eine Gesellschaft entstanden, die in Frieden zusammenlebt, die Menschenrechte achtet, und für die Zuwanderung nicht das Ende ihrer Kultur bedeutet, sondern eine wertvolle Ergänzung in gleichberechtigtem Zusammenleben. Internationalität ist keine Bedrohung, sondern bedeutet Offenheit, Neugier und die Freude, den eigenen Horizont zu erweitern. Durch die Synagoge und das Zentrum am Jakobsplatz ist jüdische Kultur und jüdisches Leben wieder in die Mitte unserer Stadt zurückgekehrt. Die breite Erinnerungs- und Gedenkkultur, die es in unserem Land gibt, zeugt nicht von Rückwärtsgewandtheit und Schuldkomplexen, sondern von notwendigen und wichtigen Schritten in die Zukunft.

Auch wenn diese Entwicklung nicht ohne Probleme und Herausforderungen verlief, die sich in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft immer wieder stellen werden: Es gilt das, was wir erreicht haben, zu verteidigen und dem, was sich uns heute und künftig in den Weg stellt, entschieden, aber mit Vernunft und Besonnenheit zu begegnen - immer unter dem Postulat der Würde aller Menschen.

Wenn nach dem 2. März der neue Münchner Stadtrat zusammentritt, haben Gruppierungen wie „Pro München“ oder die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ dabei nichts zu suchen.

Sorgen Sie mit Ihrer Wahl dafür!

Keine Neonazis ins Münchner Rathaus!

Wir beleuchten einige der politischen Biographien der Kandidatinnen und Kandidaten:

„Pro München“

Im Januar 2006 wurde „Pro München“ unter Beteiligung zahlreicher bekannter Münchner Neonazi-Aktivist/innen für die Kommunalwahl gegründet. „Pro München“ wird vom Verfassungsschutz Bayern als rechtsextremistische Organisation eingestuft. Dies liegt neben den vertretenen Positionen auch an den Repräsentanten der Organisation, die fast alle rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen zuzuordnen sind:

■ **Listenplatz 1: Rüdiger Schrembs:** Jg. 1934, bis Sommer 2007 Mitglied im bayerischen Landesvorstand der NPD, laut redok.de war er in den 60er Jahren stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Bayern, danach Bundesvorstandsmitglied der „Aktion Neue Rechte“ und Gründer der „Nationalrevolutionären Aufbauorganisation“. Nach einem Zwischenaufenthalt bei den „Republikanern“ landete er bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. NPD-Landeslistenkandidat bei der Bundestagswahl 2005.

■ **Listenplatz 2: Bernd Harald Beckmann:** Jg. 1939, Vorstand von „Pro München“, Von ihm stammt hauptsächlich das „politische“ Programm von „Pro München“. 2003 Landtagswahlkandidat der Republikaner im Wahlkreis Altstadt-Hadern, 1998 Direkt- (Wahlkreis München Süd) und Landeslistenkandidat der Republikaner bei der Bundestagswahl.

■ **Listenplatz 3: Stefan Werner:** Sprecher von „Pro München“, ehemaliges bayerisches Landesvorstandsmitglied der extrem rechten Splitterpartei „Deutsche Partei“, kandidierte 2005 als Direktkandidat auf der NPD-Liste zum Deutschen Bundestag.

■ **Listenplatz 4: Peter Werner:** Vorstand von „Pro München“, Anfang November 2007 wurde er bei der Bundesversammlung von „Pro Deutschland“ als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

■ **Listenplatz 5: Walter Post:** Der revisionistische Historiker Post (Jg. 1954) war einige Jahre lang Lehrbeauftragter an der LMU München. 1995 schrieb er sein Buch „Unternehmen Barbarossa - deutsche und sowjeti-

sche Angriffspläne 1940/41“, in dem Hitlers Angriff auf die Sowjetunion als Präventivkrieg dargestellt wird. Post referiert gern beim extrem rechten „Kulturkreis Münchner Bürgerverein“. Autor der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift „Deutsche Geschichte“.

■ **Listenplatz 7: Thomas S. Fischer:** Vorstandsmitglied von „Pro München“, ehemaliges CSU-Mitglied, Münchner Kontaktperson der



Karl Richter, Spitzenkandidat der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (rechts)

extrem rechten „Deutschlandbewegung“, Mitglied des revanchistischen Witikobundes. War aktiv in der neonazistischen Sammlungsbewegung „Demokratie Direkt“ von Roland Wuttke.

Erklärtes Ziel von „Pro München“ ist die Erringung von drei Stadtratsmandaten. Strategie ist es, sich mit einem harmlosen Organisationsnamen in der Bevölkerung zu verankern. Dabei werden gängige kommunalpolitische Themen aufgegriffen und unter rassistischen Gesichtspunkten beleuchtet.

Wahrnehmbar wird „Pro München“ aktuell vor allem durch breit gestreute Flugblätter und Postwurfsendungen sowie durch Informationsstände und Plakatierungen.

„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA)

Die BIA wurde in Folge von Unstimmigkeiten innerhalb von „Pro München“ und der rechtsextremen Szene im Herbst 2007 gegründet. Die BIA wird vom Bayerischen Verfassungsschutz als Tarnliste der rechtsextremen NPD eingeschätzt.

Domain-Inhaber der Internetseite war bis vor kurzem der NPD-Funktionär und bayerische Landesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ Norman Bordin, mittlerweile ist es Roland Wuttke, der auch als presserechtlich Verantwortlicher fungiert. Wuttke ist Vorsitzender des NPD-Bezirksverbandes Oberbayern und Landespressesprecher der bayerischen NPD. Bordin ist nun für die Pressestelle der BIA zuständig.

Auch die Listenbesetzung für die Kommunalwahl in München spiegelt die große Nähe zur NPD eindeutig wider.

■ **Listenplatz 1: Karl Richter:** Der Publizist Karl Richter ist momentan als Chef des parlamentarischen Beraterstabs der sächsischen NPD-Landtagsfraktion tätig. Der in München und Dresden lebende 45-Jährige entstammt der radikal-völkischen Münchner Burschenschaft Danubia. Er war Mitbegründer der neonazistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und Chefredakteur der neonazistischen Theoriezeitschrift „Nation und Europa“. Dort plädierte er 2004 für eine zeitgemäße „Rassenkunde“ und nannte Freiheit und Demokratie „Pseudowerte“. Direktkandidat der NPD bei der Bundestagswahl 2005 im Wahlkreis Starnberg.

■ **Listenplatz 3: Renate Werlberger:** Langjährige NPD-Aktivistin, NPD-Bundestagskandidatin 2005.

■ **Listenplatz 5: Bodo Sobik:** War bis vor kurzem Mitglied der extrem rechten Splitterpartei „Deutsche Partei“ (DP).

■ **Listenplatz 7 Fred Eichner:** Ehemaliger Bereichsleiter Süd der neonazistischen „Gessinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, ehemaliger Vorsitzender des 1993 verbotenen neonazistischen „Nationalen Blocks“, Aktivist des neonazistischen „Freizeitverein Isar 96 e.V.“

Ausgewiesenes Ziel der BIA ist der Einzug in den Münchner Stadtrat. Die politische Ausrichtung von BIA ist weitgehend identisch mit der der NPD. Die NPD lehnt den freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat ab! Dies beinhaltet unter anderem eine mit der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes unvereinbare rassistische und nationalistische Fremdenfeindlichkeit.

Demokratie bewahren – „BI Ausländerstopp“ und „Pro München“ stoppen

München ist bunt, nicht braun!

Zwei rechtsextremistische Gruppierungen sind zur Stadtratswahl zugelassen. Sie versuchen verstärkt, Jugendliche für ihre antidemokratische und menschenverachtende Ideologie zu gewinnen.

Die Münchner Jugendverbände, -organisationen und -initiativen stehen für ein weltoffenes, multikulturelles München.

Wir haben uns den demokratischen Werten verpflichtet und setzen uns für diese

ein. Die Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen ist ein grundlegendes Element unserer Arbeit, unser wichtigstes Ziel ist die Vermittlung demokratischen Bewusstseins. Rechtsextreme Ansichten haben innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums keinen Platz.

Die Resolution des KJR München-Stadt im Wortlaut unter www.kjr-m.de

Die Wette



deine stimme spielt die erste geige

- wählen für ein kostenloses OBEN OHNE am 26. Juli 2008 -

Der Kreisjugendring München-Stadt wettet: Wenn 25.000 Jungwählerinnen und Jungwähler bei den Kommunalwahlen am 2. März 2008 ihre Stimme abgeben, wird München mit einem kostenlosen OBEN OHNE Open Air 2008 belohnt! Wählen für München und ein kostenloses OBEN OHNE 2008!

communal08 heißt: In München mitbestimmen!

Die Kommunalpolitik entscheidet über viele Angelegenheiten des alltäglichen Lebens. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wissen selbst am besten, was gut und wichtig für sie ist und was in München verbessert werden muss.

Deshalb mischen wir uns ein!

communal08 steht für Jugendpolitik, Information und Mitwirkung – wir tun uns zusammen, reden mit und verschaffen uns Gehör!

communal08 ist eine jugendpolitische Initiative des Kreisjugendring München-Stadt und des Münchner Jugendrates zur Kommunalwahl 2008.



Der KJR München-Stadt und der Münchner Jugendrat werden gefördert aus Mitteln der LH München

Was können Sie tun:

- Reagieren Sie auf rechtsextreme Propaganda!
- Thematisieren Sie antidemokratische und menschenverachtende Inhalte!
- Beziehen Sie eine klare Position für den freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat!
- Gehen Sie zur Wahl!
- Motivieren Sie vor allem Jungwähler/innen zur Stimmabgabe!
- Bieten Sie den Rechtsextremen kein Forum!

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet

- Bayerischer Jugendring www.klicksgegenrechts.de
- Bayerisches Staatsministerium des Inneren www.verfassungsschutz.bayern.de
- Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V., a.i.d.a. www.aida-archiv.de

Ausführliches Informationsmaterial zum Thema Rechtsextremismus und Kommunalwahl erhalten Sie auch im Jugendinformationszentrum, Paul-Heysel-Straße 22, 80336 München www.jiz-muenchen.de

Herausgeber: KJR München-Stadt, Paul-Heysel-Str. 22, 80336 München
Verantwortlich: Gerhard Wagner, Adresse des Herausgebers
Druck: flyeralarm GmbH, Am Biotop 3, 97259 Greußenheim
Redaktion: Gerhard Wagner (verantwortlich), Adresse des Herausgebers
Auflage: 25.000 Stück

Fotos: Fa-Ro (S.1), Zacharias O. Gross (S. 2, 3)

Quellen u. a.: Verfassungsschutzberichte des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz 2005 und 2006; Internetseiten von BIA, Pro München (Stand 28.01. und 04.02.08)

Der KJR München-Stadt dankt allen Unterstützerinnen und Unterstützern, insbesondere a.i.d.a.